



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

21.01.2021
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: Vorbereitung eines Mietendeckels

Einzelplan 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 01 Ministerium
Buchungskreis: 2600

Produktnummer lt. Leistungsplan 2

Bezeichnung lt. Leistungsplan Landesentwicklung und Energie, Wohnungswesen und Städtebau

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	34.392,5	+300,0	34.692,5
Produktabgeltung	34.007,6	+300,0	34.307,6

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Vielerorts müssen einkommensschwache Haushalte mittlerweile mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben. Um der neuen Wohnungsnot mitsamt steigender Mieten zu begegnen, braucht es dringend Maßnahmen zur Sicherung von bezahlbaren Mieten im Bestand. Bisherige Instrumente wie die „Mietpreisbremse“, die „Kappungsgrenzenverordnung“ oder die Ausweisung von Milieuschutzgebieten reichen hierfür allein nicht aus. Das Land Hessen soll neue wirksame Instrumente zur Mietpreisregulierung, wie etwa einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild, in Angriff nehmen. Um alle regulativen Möglichkeiten zu sondieren und entsprechende Maßnahmen vorzubereiten, werden sechs neue Stellen in der Landesverwaltung geschaffen. Die eingestellten Fachkräfte tragen wichtige Informationen zur Wohnungsmarktentwicklung in den hessischen Kommunen zusammen. Auf Basis dieser Daten und unter Berücksichtigung der kompetenz- und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen wird ihre Hauptaufgabe zunächst darin bestehen, ein Mietendeckelkonzept für Hessen zu erarbeiten. Ebenso ist es ihre Aufgabe, weitere regulative Maßnahmen für soziale Wohnraumversorgungsformen zu entwickeln.

Wiesbaden, 21.01.21

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler